

SPÖ-MASTERPLAN ZU ASYL, MIGRATION UND INTEGRATION

Wir sind die einzige Partei, die Lösungen hat. Wir hetzen und spalten nicht. Wir stehen für Menschlichkeit und Ordnung. Die Durchsetzung, der Schutz und die Verbreitung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gehören zu den wichtigsten Grundlagen unserer Gemeinschaft.

Wir brauchen keine Schreier und Hetzer, sondern pragmatische Lösungen. FPÖ und ÖVP instrumentalisieren das Thema, im Innenministerium haben sie die Probleme sogar verschlimmert. Asyl ist ein Menschenrecht und wir wollen Menschen auf der Flucht helfen. In Regierungsverantwortung werden wir von Europa Fairness einfordern, damit die Verantwortung gut verteilt wird und nicht nur einzelne Mitgliedsländer Verantwortung tragen und andere nicht. Unser Masterplan zu Asyl, Migration und Integration sieht vor:

• Faire Verteilung in der EU mit Sanktionen durchsetzen. Das bringt 75 % weniger Asylanträge in Österreich

Österreich hat in der Vergangenheit viel Verantwortung getragen. Länder wie Ungarn halten sich nicht an die gemeinsamen europäischen Gesetze: 2023 gab es in Österreich 60.000 Asylanträge, in Ungarn nur 45. Doch Nehammer und Kickl hofieren Orban. Damit muss Schluss sein. Österreich muss alle rechtlichen und politischen Mittel ausschöpfen, um Länder wie Ungarn zur Kooperation zu bewegen. Das bringt 75 Prozent weniger Asylanträge in Österreich.

• Schnelle Verfahren an EU-Außengrenzen statt endlose Verfahren in Österreich

Asylanträge sollen in gemeinsamen europäischen Anlaufstellen entlang der Außengrenzen oder an Botschaften von europäischen Ländern geprüft werden. Personen, die asylberechtigt sind, sollen fair in Europa verteilt werden. Damit verhindern wir lange gefährliche Fluchtrouten und schaffen schnell Klarheit für die Menschen auf der Flucht.

Unrechtmäßige Aufenthalte reduzieren und Rückführungsabkommen verhandeln

Wer arbeitet und sich integriert, soll unter bestimmten Voraussetzungen eine Chance auf eine andere Aufenthaltsberechtigung erhalten und einen sogenannten "Spurwechsel" durchführen. Dies soll insbesondere etwa jugendlichen Asylwerbenden ermöglicht werden, die eine Lehre absolviert haben. Wer weder Asylgrund noch Aufenthaltsgenehmigung (für Bildungs- und Arbeitsmigration) hat, muss rasch zum Verlassen des Landes aufgefordert werden. Um das zu ermöglichen, müssen Rückführungsabkommen mit sicheren Herkunftsländern verhandelt werden.

• Integration ab dem 1. Tag und Frauenrechte stärken

Wer in Österreich bleibt, soll so schnell wie möglich Deutsch lernen, einer Arbeit nachgehen und somit ein Teil der Gesellschaft werden können. Es braucht die Wiedereinführung des verpflichtenden Integrationsjahres mit Arbeitsmarkt-Qualifizierung, Deutsch- und Wertekursen sowie gezielte Frauenförderung. Wir geben Menschen, die zu uns kommen, ein klares Ziel – einen Integrations-Kompass: Das sind Werte wie Demokratie, Menschen- und Frauenrechte.

Schutz und Sicherheit für Österreich

Die allermeisten Menschen, die nach Österreich kommen, tun das, weil sie sich ein neues Leben in Sicherheit in Österreich aufbauen wollen. Wer gegen Gleichberechtigung, Demokratie und Menschenrechte ist, wer Attentate gutheißt, bei dem ist jeder Integrationsversuch gescheitert. Wer schwere Straftaten begeht oder wiederholt leichte Verbrechen verübt, dem muss mit der vollen Härte unseres Rechtsstaates begegnet werden. Das reicht von hohen Haftstrafen bis hin zu Abschiebung, wenn diese im Rahmen unseres Rechtstaats möglich ist.